



[www.eco.de](http://www.eco.de)

# eco Digitalpuls Bundesregierung


# 2026



# Vorwort



Nach einem Jahr Bundesregierung zieht eco – Verband der Internetwirtschaft e.V. eine erste Zwischenbilanz der schwarz-roten Digitalpolitik: Welche digitalpolitischen Vorhaben wurden umgesetzt? Wo gibt es Fortschritte – und wo besteht weiterhin Nachholbedarf?

Mit dem eco Digitalpuls legt eco eine Analyse vor, die den Umsetzungsstand der im Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen mit Blick auf die Internetpolitischen Agenda  des eco bewertet und zentrale Digitalisierungsthemen in den Fokus rückt. Die Untersuchung konzentriert sich auf sechs Kernbereiche: digitaler Staat, Cybersicherheit, KI-Standort Deutschland, das Ökosystem digitaler Infrastrukturen, Vertrauen ins Netz, sowie die Bekämpfung illegaler Inhalte und Jugendmedienschutz. Die Bewertung erfolgt anhand eines Ampelsystems und berücksichtigt sowohl den Umsetzungsstand als auch die inhaltliche Qualität der Maßnahmen. Insgesamt ergibt sich ein durchwachsendes Bild: Von den 22 untersuchten Vorhaben wurden 8 mit Rot, 8 mit Gelb bewertet, 6 erhielten grünes Licht.

Ergänzend stellt der Verband den eco Branchenpuls vor – eine vom Meinungsforschungsinstitut Civey durchgeführte repräsentative Umfrage unter IT-Entscheider:innen zur Bewertung der digitalpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung.

Die Ergebnisse geben Einblicke in wahrgenommene Fortschritte, zentrale Herausforderungen und wirtschaftliche Hemmnisse aus Sicht der Branche.

[→ Zur Übersicht](#)

# Methode

## Bewertungskriterien

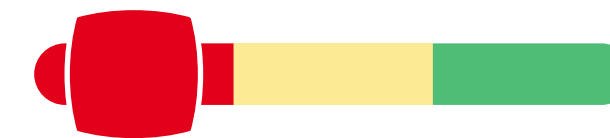
Umgesetzt



Teils umgesetzt



Nicht umgesetzt



Die Bewertung des eco Digitalpuls und der einzelnen Themenfelder erfolgte entlang zweier Dimensionen: einer zeitlichen sowie einer inhaltlichen Komponente. Die Einordnung im Ampelsystem berücksichtigt zum einen den Umsetzungsstand ausgewählter, im Koalitionsvertrag beschlossener Vorhaben – also, ob sich Maßnahmen in Umsetzung befinden oder bereits abgeschlossen sind. Zum anderen fließt eine qualitative Bewertung ein, die die inhaltliche Ausgestaltung der Maßnahmen aus Sicht des eco einordnet.

Die Ergebnisse des eco Branchenpuls im Bereich Digitalpolitik basieren auf einer repräsentativen Umfrage, die durch das Umfrageinstitut Civey durchgeführt wurde. Die Befragung fand im Zeitraum vom 20.03. bis 06.04.2026 statt. Insgesamt wurden 500 IT-Entscheider:innen online befragt. Die Ergebnisse sind aufgrund von Quotierungen und Gewichtungen repräsentativ. Der statistische Fehler liegt beim Gesamtergebnis zwischen 9,6 und 10,6 Prozentpunkten. Weitere Informationen zur Methodik finden Sie [hier](#). 🔄

## Digitaler Staat

→ Detaildarstellung

### Schaffung eines Digitalministeriums



- Einige über verschiedene Ressorts verteilte Kompetenzen gebündelt (z.B. TK und RZ im gleichen Haus, Verwaltungsdigitalisierung)

### Zuschnitt des Digitalministeriums



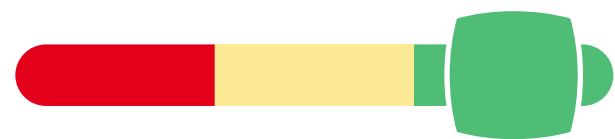
- Zuschnitt Digitalministerium noch nicht ideal
- Kompetenzzersplitterung bleibt Herausforderung
- Cybersicherheit, zentrale Sicherheitsauflagen und Datenschutz sollten hier ebenfalls gesteuert werden ↓

### Digitale Verwaltung



- Erster Anlauf für Deutschland-Stack genommen ↓
- Einige weitere Verwaltungsleistungen digital angeboten
- Insgesamt deutlich hinter den Zielen
- Weit entfernt von „digital-only“-Ankündigung

### Digitale Identitäten

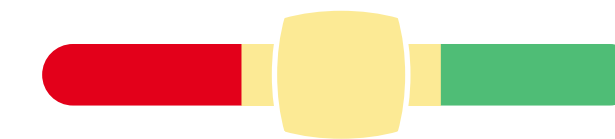


- Bis Sommer 2026 sind bereits 2 der insgesamt 5 geforderten Komponenten der EUDI Wallet verfügbar (PID und EEA)
- Im EU-Vergleich liegt Deutschland auf vorderen Plätzen

## Cybersicherheit

→ Detaildarstellung

### Umsetzung europäischer Gesetze



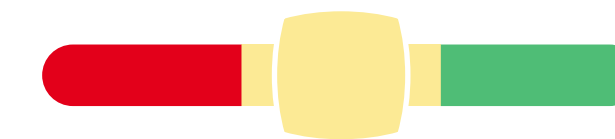
- NIS2-RL wurde umgesetzt
- Regelungen zu kritischen Komponenten problematisch
- Durchführungsgesetz Cyber Resilience Act liegt im Entwurf vor

### KRITIS-DachG



- Das KRITIS-DachG wurde zu Beginn des Jahres 2026 verabschiedet

### Regulierungspause



- Im Rahmen der geplanten Cybersicherheitsstrategie werden viele neue Gesetze auf den Weg gebracht

### Klare Verantwortlichkeiten



- Neue Gesetze (z.B. RefE Cyberabwehrgesetz ↓ ) statten mehrere Akteure mit Eingriffsbefugnissen aus
- Rollen verschwimmen

## KI-Standort Deutschland

→ Detaildarstellung

### Umsetzung AI Act



- BReg hat 1:1 Umsetzung durchgesetzt ↓
- Kein Goldplating
- BNetzA als zuständige Stelle zu begrüßen
- Konkrete Aufsichtsstruktur lässt offen, wie und ob eine einheitliche Auslegung in GER möglich ist

### Binnenmarkt für Daten



- BReg hat 1:1 Umsetzung von Data Act ↓ und Data Governance Act ↓ durchgesetzt
- Kein Goldplating
- BReg unterstützt Digital Omnibus

### Zielbild Deutschland 2030 für Digitale Zukunftstechnologien



- Hightech-Agenda veröffentlicht
- Vielversprechender Ansatz
- Konkrete Umsetzung noch offen, Bestimmungen innerhalb der Agenda zu vage
- Bisher ist von den im Sondervermögen für die Hightech-Agenda vorgesehenen Geldern erst wenig abgeflossen

## Ökosystem digitaler Infrastrukturen

→ Detaildarstellung

### Rechenzentrumsstrategie



- Strategie veröffentlicht
- Vorhaben grds. positiv ↓

### Strompreisentlastung



- RZ wurden nicht in Strompreiskompensation oder Industriestrompreis aufgenommen

### Förderung Netzinfrastruktur für RZ



- Netzpaket (Leak) setzt positive Akzente
- Allerdings noch nicht offiziell vorgelegt

### Überarbeitung EnEFG



- EnEFG-Novelle ↓ grundsätzlich positiv, aber nicht ausreichend mit EU-Entwicklungen (RZ-Label, Mindestanforderungen) synchronisiert.
- Fehlende Ressortabstimmung sorgt weiterhin für Unsicherheit

### Breitbandausbau



- Mit Eckpunkten zur Kupfer-Glasfaser-Migration und TKG-Novelle schafft Digitalministerium die richtigen Rahmenbedingungen für einen beschleunigten Breitbandausbau

## Bürokratieabbau



- Bau- und Planungsverfahren aufgrund umfangreicher Dokumentationspflichten weiterhin sehr langwierig
- Novelle Bauplanungsrecht bisher nicht umgesetzt - in Abstimmung befindlicher Entwurf für Novelle BauGB geht nicht explizit auf Vereinfachungen für RZ ein

## Vertrauen ins Netz



## Überwachungsmaßnahmen



- Gesetz zur Einführung der Speicherpflicht für IP-Adressen Ende 2025 vorgelegt ↓
- Hohe Investitionen in neue, technisch komplexe und hochsichere Speicherinfrastrukturen für Unternehmen zu erwarten

## Datenschutzaufsicht



- Überlegungen zur Neuordnung der Datenschutzaufsicht stagnieren
- Landesdatenschutzbeauftragte signalisieren keine Kooperationsbereitschaft
- Datenschutz besser beim Digitalministerium aufgehoben
- Kein Politikum bei der Neubesetzung der BfDI

## Bekämpfung illegaler Inhalte im Netz / Jugendmedienschutz



## Konsequente Umsetzung des Digital Services Act (DSA)



- Fokus nicht nur auf DSA-Vollzug
- BReg drängt auf weitergehende Regulierung z.B. beim Mindestalter

## Interdisziplinäre Zusammenarbeit



- Diskussionen Mindestalter für die Nutzung digitaler Dienste und Altersprüfungen auf nationaler Ebene zu lösen, äußerst kritisch
- Keine nationalen Insellösungen

## Kinder- und Jugendplan



- Bisher keine Ankündigung, dass Beschwerdestellen künftig wieder über KJP gefördert werden

# Digitaler Staat

Schaffung eines  
Digitalministeriums



Zuschnitt des  
Digitalministeriums



Digitale Verwaltung

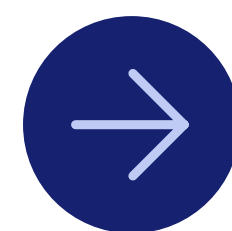


Digitale Identitäten



[← Zur Übersicht](#)

# 74,9 %



sehen **Bürokratie** als größte Herausforderung der deutschen Digitalpolitik

Beim Digitalen Staat bleibt die Bundesregierung nach einem Jahr hinter ihrem eigenen Anspruch zurück. Mit dem Digitalministerium wurde zwar ein erster Schritt zur Bündelung digitalpolitischer Zuständigkeiten gemacht. Dass Kompetenzen etwa für Telekommunikation, Rechenzentren und Verwaltungsdigitalisierung nun stärker zusammengeführt werden, ist richtig. Für eine wirklich schlagkräftige Steuerung digitaler Politik reicht das aber nicht: Solange zentrale Bereiche wie Cybersicherheit, Sicherheitsvorgaben und Datenschutz weiter zersplittert bleiben, fehlt es an klarer Verantwortung und strategischer Durchsetzungskraft.

Besonders deutlich wird die Lücke zwischen Ankündigung und Umsetzung bei der digitalen Verwaltung. Im Koalitionsvertrag verspricht die Bundesregierung eine „digital-only“-Verwaltung, einen zentralen One-Stop-Shop, Ende-zu-Ende-Digitalisierung, Registermodernisierung, Deutschland-ID, EUDI-Wallet sowie den Deutschland-Stack als interoperable Kerninfrastruktur. Tatsächlich wurden erste Schritte unternommen: Der Deutschland-Stack wurde angeschoben und weitere Leistungen digitalisiert. Insgesamt bleibt der Fortschritt jedoch deutlich zu langsam; von einer antragslosen, nutzerzentrierten und rein digitalen Verwaltung ist Deutschland weiter entfernt als angekündigt.

Hinzu kommt, dass der dringend notwendige Abbau bürokratischer Hürden bislang nicht erkennbar vorankommt. Digitalisierung allein reicht nicht aus, wenn komplexe Verfahren, Mehrfachnachweise und aufwendige Dokumentationspflichten unverändert bestehen bleiben. Gerade bei einem zentralen Reformversprechen des digitalen Staates bleibt die Bundesregierung damit bislang hinter den Erwartungen zurück.

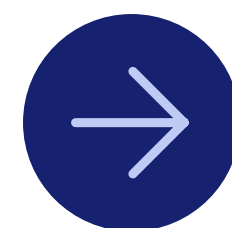
Am weitesten ist die Bundesregierung bei digitalen Identitäten. Mit Deutschland-ID und EUDI-Wallet wurden zentrale Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag erkennbar vorgebracht. Hier zeigt sich: Wo politischer Wille und Priorität zusammenkommen, sind Fortschritte möglich.

# Cybersicherheit



# 38,3 %

sehen IT-Sicherheit als größte Herausforderung der deutschen Digitalpolitik



Im Themenfeld Cybersicherheit fällt die Bilanz nach einem Jahr durchwachsen aus. Positiv ist, dass die Bundesregierung bei der Umsetzung europäischer Vorgaben erste zentrale Vorhaben vorangebracht hat. Die NIS-2-Richtlinie wurde in deutsches Recht überführt und für den Cyber Resilience Act liegt immerhin ein nationales Durchführungsgesetz im Entwurf vor. Zugleich zeigen gerade die Regelungen zu kritischen Komponenten, dass es weiter an konsistenter, praxistauglicher und bürokratiearmer Umsetzung fehlt. Das KRITIS-Dachgesetz ist dagegen ein echter Fortschritt. Mit seiner Verabschiedung wurde ein lange überfälliger Ordnungsrahmen für die Resilienz kritischer Infrastrukturen geschaffen.

Problematisch bleibt jedoch, dass die Bundesregierung von einem klaren und harmonisierten Regulierungsgefüge noch entfernt ist. Dass die Bundesregierung trotz der Vielzahl neuer europäischer und nationaler Vorgaben bereits weitere Cybersicherheitsgesetze vorbereitet, ist ebenfalls kritisch zu sehen. Erforderlich wäre zunächst eine Phase der Anwendung, Konsolidierung und Evaluation bestehender Regeln gewesen. Noch kritischer fällt die Bilanz mit Blick auf die Schwerpunktsetzung des BMI im Bereich Cybersicherheit aus. Gerade neue Vorhaben wie das Cyberabwehrgesetz statten mehrere Akteure mit zusätzlichen Eingriffsbefugnissen aus. Dadurch entsteht der Eindruck, dass der Fokus des BMI bislang weniger auf der Stärkung von Resilienz und Cybersicherheit liegt als auf der Ausweitung staatlicher Eingriffsbefugnisse. Hinzu kommt, dass dieser Ansatz auch bei der Klärung von Zuständigkeiten kaum Fortschritte bringt und Verantwortlichkeiten eher weiter verkompliziert. Eine überzeugende Antwort auf die zentralen Anforderungen guter Cybersicherheitspolitik, nämlich Resilienz, klare Verantwortung, neutrale Aufsicht und verlässliche Verfahren, bleibt die Bundesregierung damit bislang schuldig.

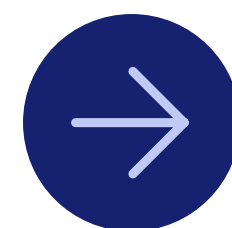
Zur Übersicht

# KI-Standort Deutschland



# 38,8 %

sehen **Bürokratie** als größte staatliche Hürde bei KI-Vorhaben



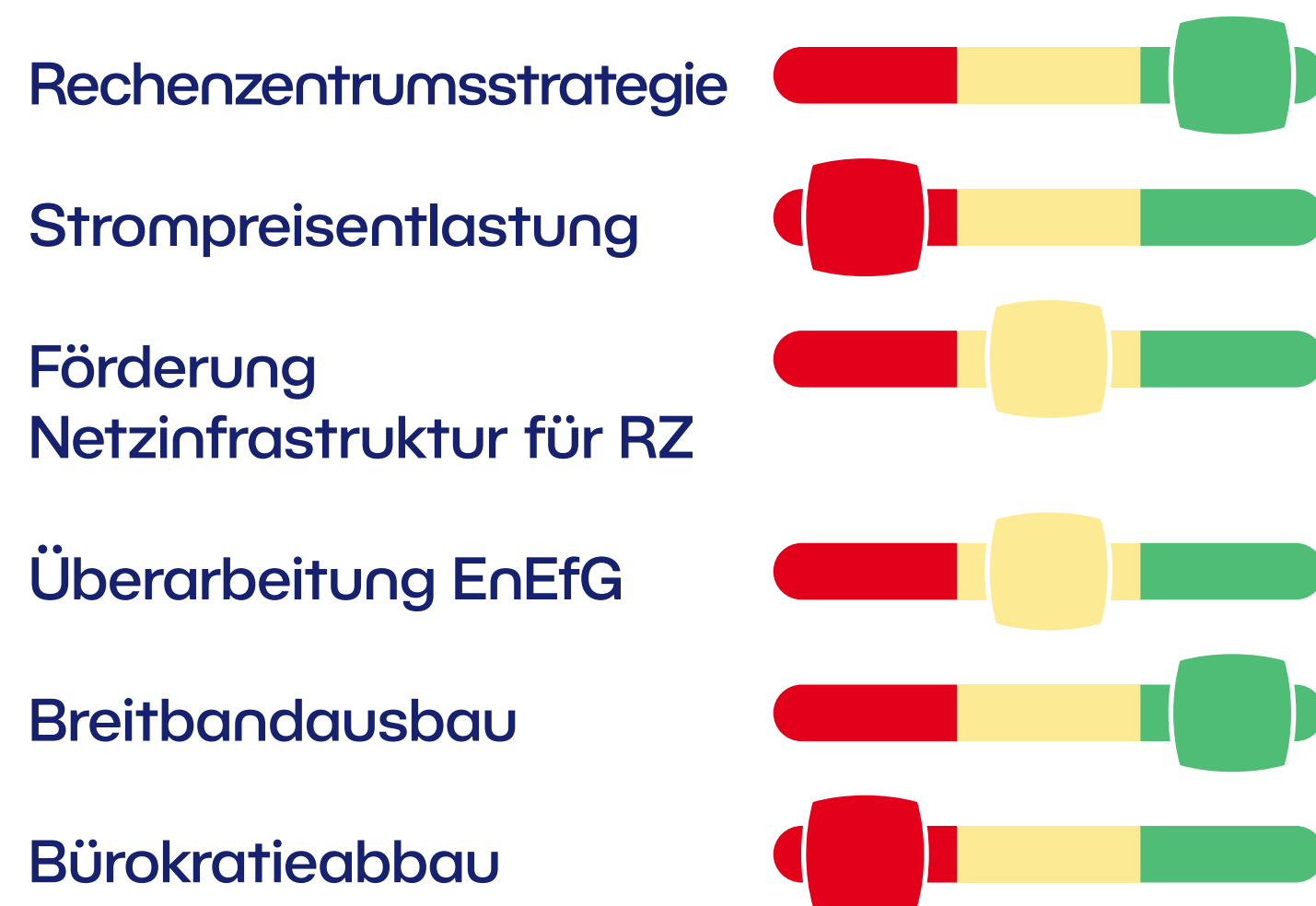
Für den KI-Standort Deutschland wurden im ersten Regierungsjahr einige richtige Entscheidungen getroffen, doch bei strategischer Klarheit und praktischer Umsetzung bleibt noch einiges offen. Bei der Umsetzung des AI Act ist zunächst zu begrüßen, dass die Bundesregierung auf eine weitgehende 1:1-Umsetzung ohne Goldplating setzt und mit der Bundesnetzagentur eine grundsätzlich geeignete zuständige Stelle vorgesehen hat. Damit folgt sie dem richtigen Ansatz einer innovationsfreundlichen und bürokratiearmen Umsetzung. Offen bleibt allerdings, wie die konkrete Aufsichtsstruktur ausgestaltet wird und ob so tatsächlich eine einheitliche Auslegung in Deutschland sichergestellt werden kann.

Positiv ist auch die Entwicklung beim europäischen Binnenmarkt für Daten. Dass die Bundesregierung auch beim Data Act und Data Governance Act auf eine 1:1-Umsetzung ohne zusätzliche nationale Belastungen setzt und zudem den Digital Omnibus unterstützt, entspricht dem Ziel eines kohärenten, innovationsfreundlichen Datenraums in Europa.

Beim angekündigten Zielbild für digitale Zukunftstechnologien bleibt die Bundesregierung dagegen bislang zu unkonkret. Mit der veröffentlichten Hightech-Agenda liegt zwar ein vielversprechender strategischer Ansatz vor. Entscheidend wird aber die Umsetzung sein. Viele Maßnahmen bleiben noch vage und von den vorgesehenen Mitteln ist bislang nur ein begrenzter Teil tatsächlich abgeflossen. Gerade beim Ausbau von Rechenkapazitäten, beim Zugang zu Daten und bei anwendungsnahen Innovationsbedingungen muss die Bundesregierung nun deutlich schneller vorankommen.

 [Zur Übersicht](#)

# Ökosystem digitaler Infrastrukturen



[← Zur Übersicht](#)

Beim Ökosystem digitaler Infrastrukturen hat die Bundesregierung nach einem Jahr wichtige Signale gesetzt, kommt bei den entscheidenden Standortfragen aber noch nicht mit der nötigen Konsequenz voran. Positiv ist vor allem die Rechenzentrumsstrategie. Sie wurde am 18. März 2026 beschlossen, bündelt 28 Maßnahmen und formuliert erstmals einen klaren Anspruch, die Rechenkapazitäten in Deutschland deutlich auszubauen, auch mit Blick auf KI und High-Performance-Computing. Das ist ein richtiger und überfälliger Schritt. Die Strategie setzt zudem wichtige und richtige Akzente, etwa bei Netzplanung und Netzanschlüssen. Bislang bleibt es jedoch vielfach noch bei Ankündigungen statt verbindlicher Umsetzung.

Gerade bei den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Rechenzentren bleibt die Bilanz schwach. Die fehlende Strompreisentlastung ist ein klarer Standortnachteil. Selbst die Bundesregierung verweist bislang vor allem darauf, sich auf EU-Ebene für Änderungen bei Strompreiskompensation und Industriestrompreis einsetzen zu wollen. Auch die angekündigte Überarbeitung des EnEFG geht zwar in die richtige Richtung, weil der Korrekturbedarf bei einzelnen Vorgaben inzwischen erkennbar ist. Beim Bürokratieabbau überwiegen aber weiter Ankündigungen. Die Bau- und Planungsverfahren gestalten sich aufgrund umfangreicher Dokumentationspflichten weiterhin sehr langwierig. Dies ist mit der vorgesehenen Beschleunigung des Ausbautempos nicht vereinbar. Konkrete Maßnahmen zur Beschleunigung und zum Bürokratieabbau bleiben bisher aus.

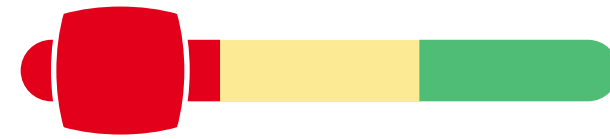
Auch beim Breitbandausbau und der Netzinfrastuktur ist Bewegung erkennbar. Mit den Eckpunkten zur Kupfer-Glas-Migration, dem Regulierungskonzept der Bundesnetzagentur vom 19. Januar 2026 und dem seit 2. März 2026 vorliegenden TKG-Änderungsgesetz treibt das Digitalministerium eines seiner sichtbarsten Schwerpunktprojekte voran. Für eines der zentralen Fundamente des Digitalstandorts ist das in der Gesamtbilanz dennoch zu wenig und zu langsam.

# Vertrauen ins Netz

Überwachungs-  
maßnahmen



Datenschutzaufsicht

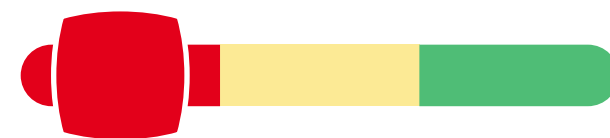


Im Themenfeld Vertrauen ins Netz hat die Bundesregierung nach einem Jahr bislang eher Vertrauen verspielt als gestärkt. Besonders deutlich wird das bei den Überwachungsmaßnahmen. Mit dem Ende Dezember 2025 veröffentlichten Gesetzentwurf zur Einführung einer Speicherpflicht für IP-Adressen geht sie ausgerechnet dort in die falsche Richtung, wo rechtsstaatliche Zurückhaltung, klare Eingriffsschwellen und unabhängige Kontrolle entscheidend wären. Für Unternehmen drohen erhebliche technische und finanzielle Belastungen durch neue, hochsichere Speicherinfrastrukturen, während für Bürgerinnen und Bürger der Eindruck einer anlasslosen Überwachung zurückkehrt.

Auch bei der Datenschutzaufsicht bleibt die Bundesregierung hinter ihren eigenen Ankündigungen zurück. Zwar sieht bereits der Koalitionsvertrag eine Reform und Bündelung der Aufsicht beim Bundesdatenschutzbeauftragten vor. Die Bundesregierung verweist inzwischen auf eine Umsetzung bis spätestens 31. Dezember 2027. Konkrete Reformvorschläge liegen bislang jedoch nicht vor. Zusätzliche Unsicherheit entsteht dadurch, dass die Bundesdatenschutzbeauftragte ihren Rückzug angekündigt hat. Die Bundesregierung bleibt bei der Nachfolgeregelung bislang vage und verweist lediglich auf Gespräche innerhalb der Koalition. Über die Besetzung entscheidet am Ende das Parlament. Gerade bei einem zentralen Vertrauensanker des digitalen Rechtsstaats bleibt damit zu viel offen. Auch deshalb spricht vieles dafür, den Datenschutz künftig im BMDS zu verankern und ihn damit politisch kohärenter in die digitale Ordnungspolitik einzubetten.

# Bekämpfung illegaler Inhalte im Netz / Jugendmedienschutz

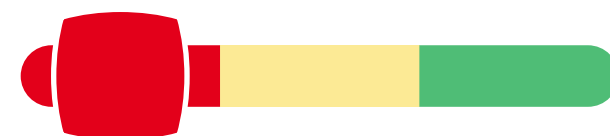
Konsequente Umsetzung des Digital Services Act (DSA)



Interdisziplinäre Zusammenarbeit




Kinder- und Jugendplan



Bei der Bekämpfung illegaler Inhalte im Netz und beim Jugendmedienschutz setzt die Bundesregierung aus unserer Sicht nach einem Jahr die falschen Schwerpunkte. Stattdessen müssten die vollharmonisierende Wirkung des Digital Services Act und dessen stringente Umsetzung sowie die Stärkung bestehender Strukturen stärker in den Fokus rücken.

Mit Blick auf den Digital Services Act und aktuelle Diskussionen zur Weiterentwicklung des Jugendmedienschutzes steht bislang nicht die einheitliche und rechtssichere Umsetzung des bestehenden europäischen Rahmens im Vordergrund. Die vollharmonisierende Wirkung des Digital Services Act wird nicht konsequent beachtet. Zwar hat die Bundesregierung eine interdisziplinär zusammengesetzte Expertenkommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“ eingesetzt, die ihre Arbeit aufgenommen hat und erste Ergebnisse im Sommer 2026 vorstellen möchte. Zugleich werden Fragen nach einem Mindestalter für digitale Dienste oder Altersprüfungen bisher primär national diskutiert. Das ist mit Blick auf den Digital Services Act, der gemeinsam mit begleitenden Guidelines der EU-Kommission umfassende Vorgaben zum Schutz von Minderjährigen auf Online-Plattformen enthält und präzisiert, höchst problematisch. Aber auch unabhängig von der vollharmonisierenden Wirkung des DSA sollten nationale Insellösungen vermieden werden, weil global nutzbare Dienste international anschlussfähige Rahmenbedingungen brauchen.

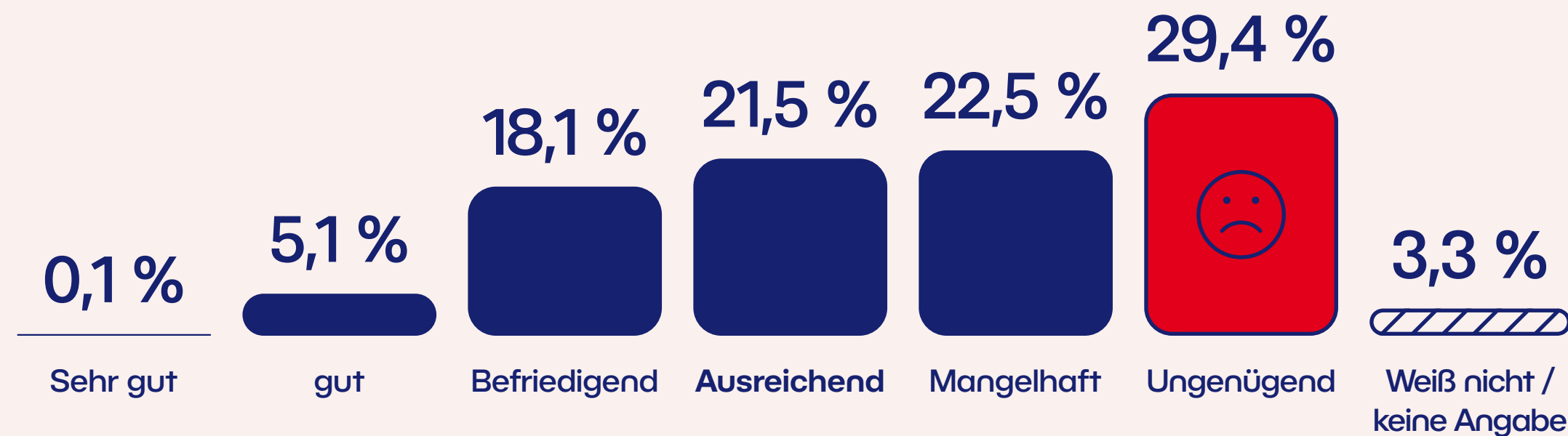
Auch beim Kinder- und Jugendplan bleibt eine zentrale Leerstelle. Beschwerdestellen sind ein tragender Baustein wirksamer Selbstregulierung. 2024 erhielt das BKA 99,2 % aller Hinweise auf kinderpornografische URLs von eco, FSM und jugendschutz.net. Die eco Beschwerdestelle prüfte 2025  insgesamt 51.359 Fälle, stellte in 30.035 Fällen Rechtsverstöße fest und erzielte weltweit eine Löschquote von 98,58 %. Umso problematischer ist, dass ein klares politisches Signal zur dauerhaften Stärkung dieser Strukturen bislang ausbleibt.

 Zur Übersicht

Deutschland & IT-Entscheider

1.

Welche Schulnote von 1 bis 6 würden Sie der Digitalpolitik der Bundesregierung nach einem Jahr insgesamt geben?

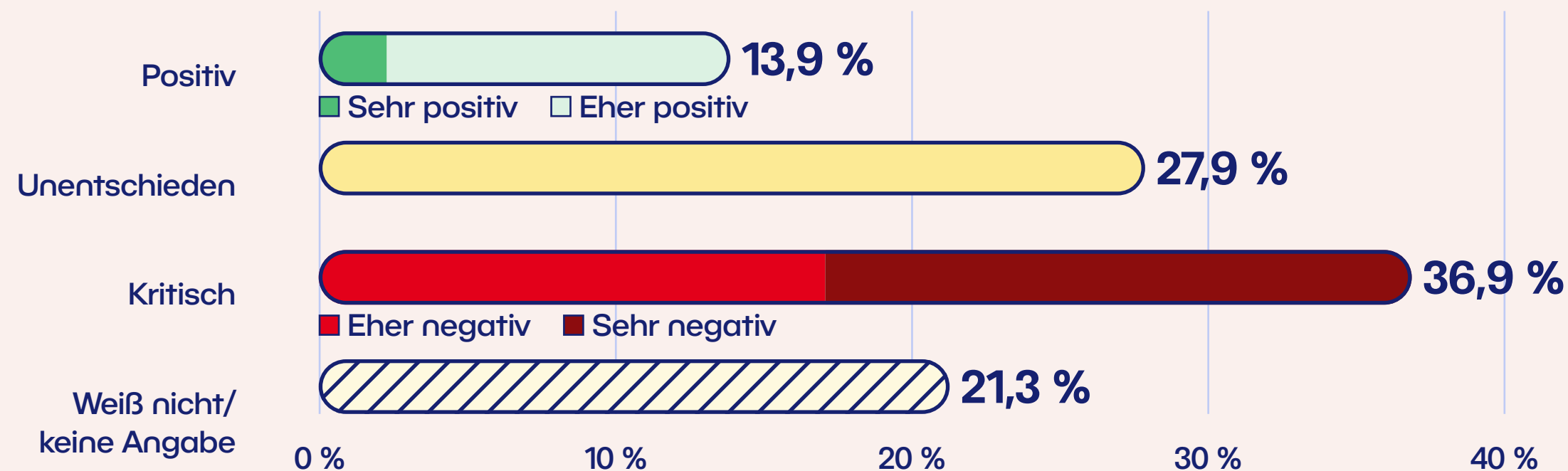


Stat. Fehler Gesamtergebnis: 9,7 % | Stichprobengröße: 500 | Befragungszeitraum 20.03.26–06.04.26

Deutschland & IT-Entscheider

4.

Wie bewerten Sie die Auswirkungen der aktuellen Digitalpolitik der Bundesregierung auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?

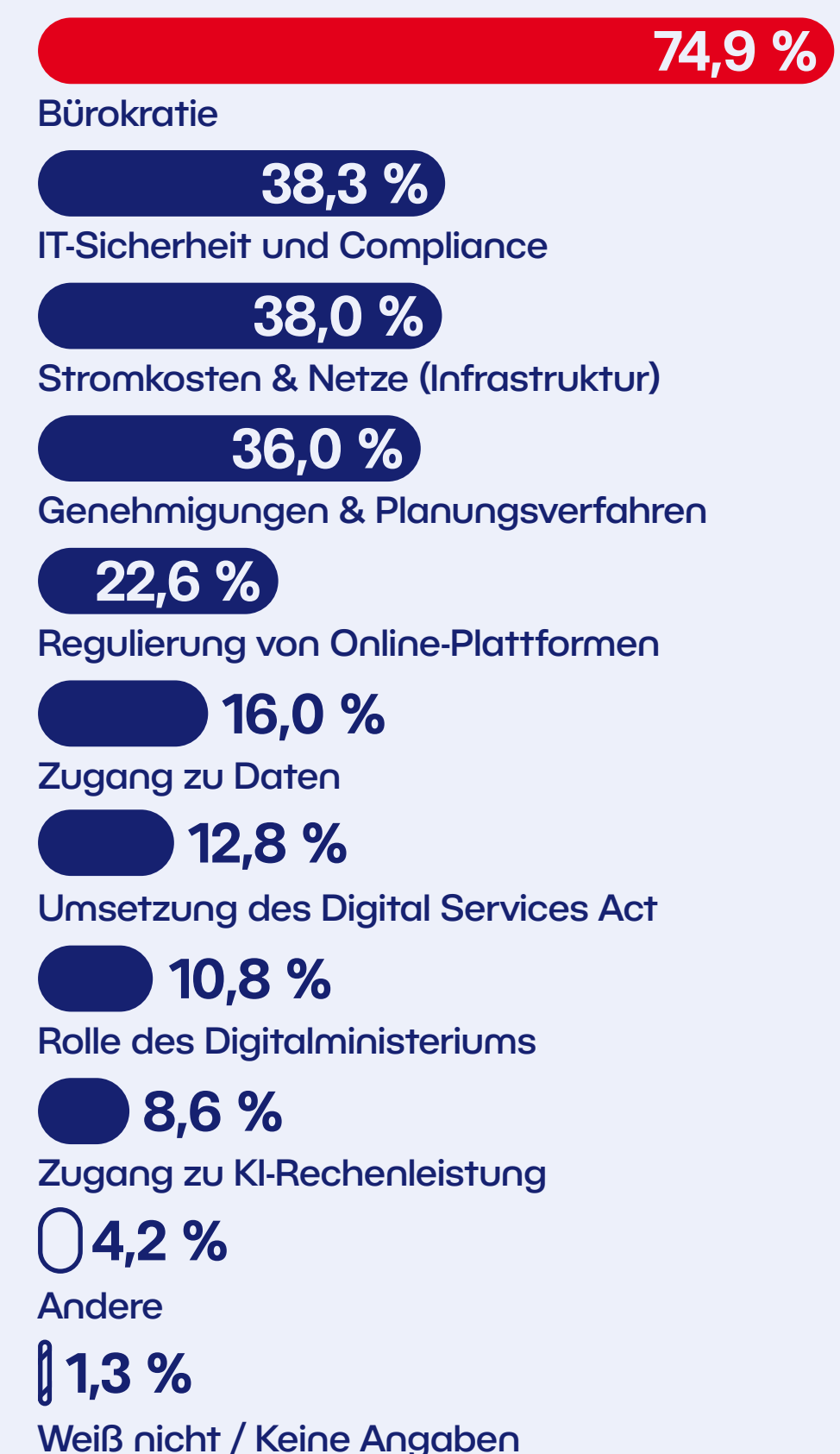


Stat. Fehler Gesamtergebnis: 9,6 % | Stichprobengröße: 500 | Befragungszeitraum 20.03.26–06.04.26

Deutschland & IT-Entscheider

2.

Wo sehen Sie aktuell die größten Herausforderungen in der deutschen Digitalpolitik?

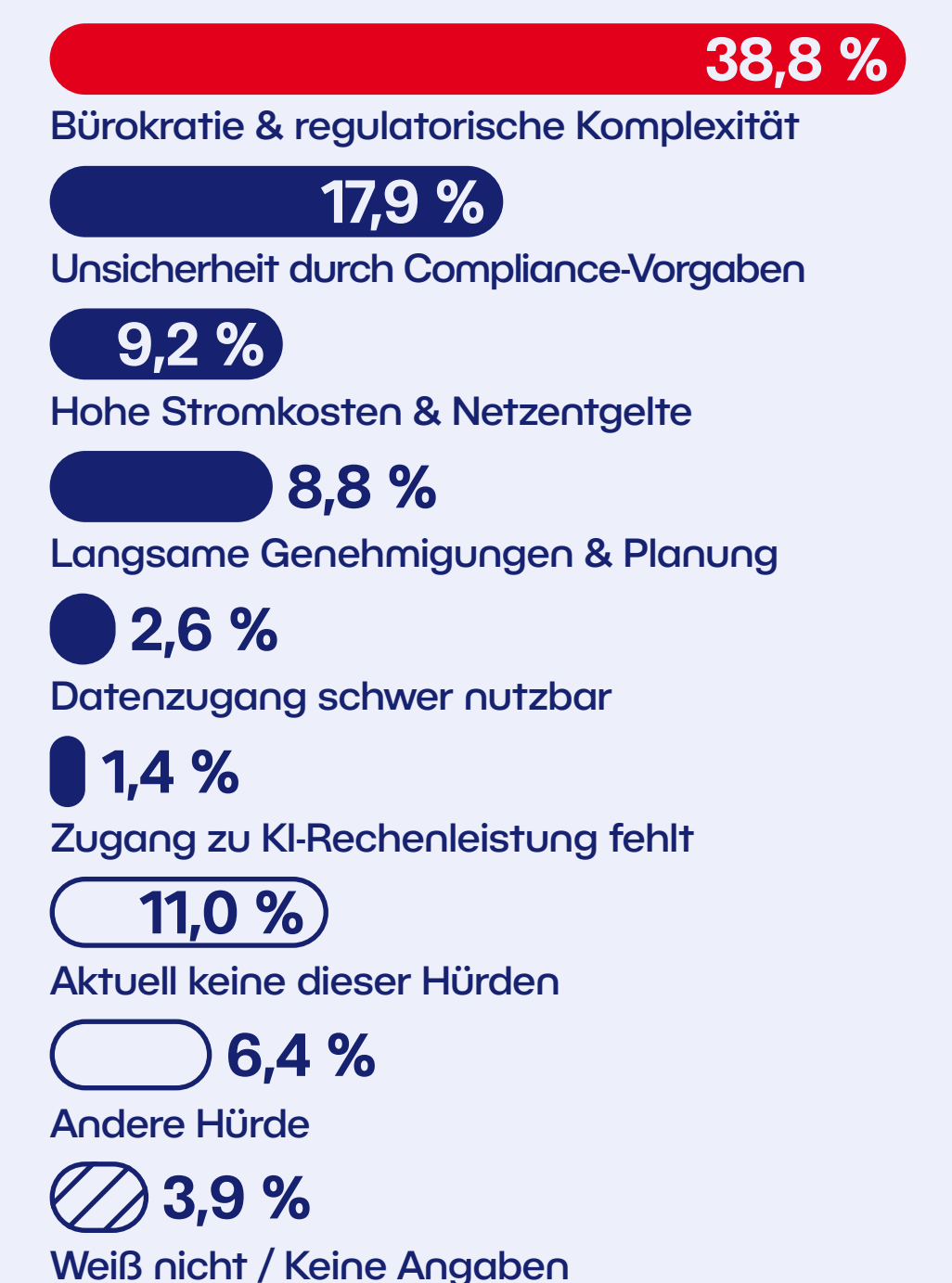


Mehrfachantwort möglich | Stat. Fehler Gesamtergebnis: 10,0 % | Stichprobengröße: 500 | Befragungszeitraum 20.03.26–06.04.26

Deutschland & IT-Entscheider

3.

Welche staatlich beeinflussbare Hürde bremst Ihre Digital- oder KI-Vorhaben aktuell am stärksten?



Stat. Fehler Gesamtergebnis: 10,6 % | Stichprobengröße: 500 | Befragungszeitraum 20.03.26–06.04.26

[← Zur Übersicht](#)

# Kontakt und Impressum



**Haben Sie inhaltliche Fragen  
zum eco Digitalpuls?**



Wenden Sie sich gern per  
Mail an [presse@eco.de](mailto:presse@eco.de).



**eco – Verband der Internetwirtschaft e.V.**

eco – Hauptstadtbüro Berlin  
Französische Straße 48  
10117 Berlin

Tel. [030-20 21 567-0](tel:030-20215670)

[berlin@eco.de](mailto:berlin@eco.de)  
[www.eco.de](http://www.eco.de)

Geschäftsführer: Alexander Rabe, Andreas Weiss

© eco – Verband der Internetwirtschaft e.V.; 2026